

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Belit Onay (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Durchsuchung einer Flüchtlingsunterkunft in Laatzen

Anfrage des Abgeordneten Belit Onay (GRÜNE), eingegangen am 24.04.2019 - Drs. 18/3594
an die Staatskanzlei übersandt am 30.04.2019

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung
vom 28.05.2019

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 27.03.2019 leisteten Einsatzkräfte der Polizeidirektion Hannover im Rahmen einer Abschiebung Amtshilfe für die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen. Dabei soll es laut Pressemitteilung des Flüchtlingsrats Niedersachsen e. V. vom 12.04.2019 ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss zu widerrechtlichen Durchsuchungen von ca. 40 Zimmern in einer Flüchtlingsunterkunft in Laatzen durch Polizeibeamtinnen und -beamte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) gekommen sein. Weder soll der Grund für die Durchsuchung gegenüber den Betroffenen genannt noch eine Niederschrift darüber angefertigt und den Betroffenen zur Unterzeichnung vorgelegt worden sein.

In einem Protestschreiben vom 08.04.2019 fordern die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft von den beteiligten Behörden, „das rechtswidrige Betreten und Durchsuchen unserer Zimmer ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss künftig zu unterlassen“ und von dem Sicherheitsdienst der Unterkunft, „das rechtswidrige Öffnen unserer Zimmertüren mit einem Generalschlüssel ohne unsere Zustimmung und gegen unseren Willen künftig zu unterlassen“.

Die Polizeidirektion Hannover nahm dazu in einer Pressemitteilung vom 12.04.2019 Stellung. Demnach wurde der Vorgang „umgehend selbstkritisch hinterfragt“. „Nach bisherigen Erkenntnissen könnte der Tatbestand des Hausfriedensbruchs zugrunde liegen. Die Polizeidirektion Hannover hat entsprechende Ermittlungen eingeleitet und wird darüber hinaus mit den Beschwerdeführern in Kontakt treten, um das Verhalten von Sicherheitsdienst, Landesaufnahmebehörde sowie Polizei aufzuarbeiten.“

Vorbemerkung der Landesregierung

Werden von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern die Möglichkeiten der freiwilligen Ausreise und die dazu unterbreiteten Unterstützungsangebote nicht genutzt oder wird die Erfüllung der Ausreisepflicht verweigert, sind die zuständigen Ausländerbehörden gemäß § 58 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) verpflichtet, die Ausreisepflicht zwangsweise durchzusetzen und die Abschiebung einzuleiten.

Nach Ziffer 4.1 des Runderlasses des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 24.08.2016 - Az. 15 - 12231.3 „Rechtliche Hinweise und verfahrensmäßige Vorgaben zur Organisation und Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs (Abschiebung) und zur Beantragung von Abschiebehaft (Rückführungserlass)“ sind die Ausländerbehörden für die Entscheidung von aufenthaltsrechtlich zu beendenden Maßnahmen zuständig. Für Ausländerinnen und Ausländer, die in einer Einrichtung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) wohnen oder zu wohnen verpflichtet sind, erfüllt die LAB NI diese Aufgabe als zuständige Ausländerbehörde gemäß § 71 Abs. 1 AufenthG.

Darüber hinaus ist die LAB NI zur Unterstützung der kommunalen Ausländerbehörden (Landkreise, kreisfreie Städte, große selbstständige Städte, Region Hannover, Landeshauptstadt Hannover und Stadt Göttingen) für die Durchführung der Abschiebungen, Zurückschiebungen und Überstellungen nach der Dublin-III-Verordnung (auf dem Luft- oder dem Landweg einschließlich der Beförderung und Begleitung der abzuschiebenden Personen von deren Wohnung oder aus der Haftanstalt zum Flughafen oder zur Grenzübergabestelle) zuständig.

Die Polizei leistet wiederum bei der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen Vollzugshilfe

- beim Transport der Ausreisepflichtigen in ein anderes Bundesland, soweit Verwaltungsvollzugsbeamte der LAB NI außerhalb Niedersachsens über keine Befugnisse zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs verfügen,
- in Fällen, in denen aufgrund der Gefahrenprognose polizeiliche Unterstützung erforderlich werden könnte, z. B. bei zu erwartendem Widerstand,
- sofern eine Rückführung oder Rücküberstellung mit eigenen Kräften seitens der LAB NI nicht durchführbar ist.

Die LAB NI fertigt hierfür ein schriftliches Vollzugshilfeersuchen (§ 52 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung [Nds. SOG]). Im Rahmen der von der Polizei zu leistenden Vollzugshilfe entscheidet die Polizei über den Einsatzkräftebedarf und die polizeilichen Maßnahmen, die zur Erfüllung der Vollzugshilfe erforderlich sind. Dabei muss die Polizei darüber entscheiden, welche Maßnahmen sie anwenden kann, und prüft diese bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit sowie deren Verhältnismäßigkeit. Derartige Entscheidungen werden grundsätzlich in enger Abstimmung mit der zuständigen Ausländerbehörde getroffen. Grundlage der zu treffenden Maßnahmen ist somit stets eine rechtliche Bewertung vor Ort.

Am 21.03.2019 erhielt die Polizeiinspektion Burgdorf vier Vollzugshilfeersuchen der LAB NI, Außenstelle Langenhagen, für die Unterstützung bei der Abholung von vier ausreisepflichtigen Personen. Drei Vollzugshilfeersuchen beinhalteten als Anschrift der abzuschiebenden Personen die o. g. Gemeinschaftsunterkunft in der Gutenbergstraße 15 in 30880 Laatzen. Das vierte Vollzugshilfeersuchen bezog sich auf eine weitere Anschrift in Laatzen. Alle Vollzugshilfeersuchen wurden wegen der örtlichen Zuständigkeit an die Polizeiinspektion Hannover-Süd weitergeleitet und sollten am 27.03.2019 umgesetzt werden. Am 27.03.2019 waren seitens der LAB NI zwei Verwaltungsvollzugsbeamte vor Ort. Diese wurden durch zwei Polizeivollzugsbeamte des Einsatz- und Streifendienstes des Polizeikommissariats Laatzen sowie acht Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte der Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Hannover-Süd unterstützt. Teilkkräfte der eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten waren im Rahmen dieses Einsatzes zivil bekleidet.

Gemäß Ziffer 5.5 des Rückführungserlasses können zur Durchsetzung von Abschiebungen auf der Grundlage der §§ 24 und 25 Nds. SOG Wohnungen betreten und erforderlichenfalls auch durchsucht werden. Gemäß § 24 Abs. 5 Nr. 2 Nds. SOG dürfen Wohnungen zur Verhütung des Eintritts erheblicher Gefahren jederzeit betreten werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich dort Personen aufhalten, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen. Dies liegt in der Regel vor, wenn sich ausreisepflichtige Personen der Ausreise verweigern und somit gegen § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG verstoßen und hierbei den Straftatbestand erfüllen, sich ohne erforderlichen Aufenthaltstitel im Bundesgebiet aufhalten, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist und die Abschiebung nicht ausgesetzt ist (Duldung). Bei Abschiebungen liegen die Voraussetzungen des § 24 Abs. 5 Nr. 2 Nds. SOG in der Regel vor.

Das Betreten der Räumlichkeiten der abzuschiebenden Personen sowie der freizugänglichen Gemeinschaftsräume (Sanitäranlagen und Fitnessraum) ist dementsprechend im Einklang mit den dargestellten Regelungen erfolgt.

Im Übrigen traten durch die durchgeführte Maßnahme Anwohner aus ihren Zimmern und wurden in diesem Zusammenhang nach ihren Personalien befragt. Diese Räumlichkeiten wurden nach mündlicher Einwilligung der betroffenen Personen ebenso betreten und nach Sichtkontrolle der dort aufbewahrten Ausweisdokumente verlassen.

Vor Ort konnten die abzuschiebenden Personen nicht angetroffen werden. Folglich wurde die Abschiebungsmaßnahme beendet.

Am 12.04.2019 ging über die LAB NI das o. g. Beschwerdeschreiben des Flüchtlingsrats Niedersachsen e. V. in der Polizeidirektion Hannover ein. Zeitgleich erhielt die Polizeidirektion Hannover durch eine Pressemitteilung Kenntnis davon, dass es im Rahmen des Einsatzes möglicherweise zu strafbaren Handlungen durch eingesetzte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, die Verwaltungsvollzugsbeamten der LAB NI oder des Sicherheitsdienstes gekommen sein soll.

Aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes wurde am 15.04.2019 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Hausfriedensbruchs gemäß § 123 StGB von Amts wegen durch die Polizeiinspektion Hannover-Süd eingeleitet, welches derzeit in der Kriminalfachinspektion 3 des Zentralen Kriminaldienstes bearbeitet wird.

Das abschließende Ergebnis der strafrechtlichen Ermittlungen und in deren Folge auch der möglichen dienstrechtlichen Ermittlungen steht noch aus.

- 1. Welche Behörde leitete die Abschiebung? Welche Behörden trugen die Verantwortung für den Gesamtvorgang? Welche Behörden trugen die Verantwortung für welche Teilbereiche (Eindringen, Durchsuchung, Überprüfung der Personalien der Bewohnerinnen und Bewohner)? Welche Behörden nahmen mit jeweils wie vielen Bediensteten daran teil? Welche Behörden leisteten mit jeweils wie vielen Bediensteten Amtshilfe?**

Die Fragen nach der Verantwortung der einzelnen Teilbereiche sind Gegenstand der o. g. laufenden Ermittlungen. Im Übrigen siehe Vorbemerkungen der Landesregierung.

- 2. War nach Einschätzung der Landesregierung ein Durchsuchungsbeschluss erforderlich? Falls ja, lag dieser vor? Falls er erforderlich war, aber nicht vorlag, welche Konsequenzen wird das nach sich ziehen? Wie stellt die Landesregierung sicher, dass Durchsuchungen nicht ohne erforderlichen Durchsuchungsbeschluss erfolgen?**

Im sogenannten Rückführungserlass (RdErl. des MI vom 24.08.2016 - Az. 15 - 12231.3) werden die rechtlichen Grundlagen für das Betreten und Durchsuchen einer Wohnung im Falle einer Abschiebung hinreichend dargestellt. Die Frage, ob im konkreten Fall ein Durchsuchungsbeschluss erforderlich war, und die sich daran anknüpfenden Fragen sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkungen der Landesregierung verwiesen.

- 3. War nach Einschätzung der Landesregierung eine Niederschrift erforderlich? Falls ja, lag diese vor und wurde zur Unterzeichnung vorgelegt? Falls sie erforderlich war, aber nicht vorlag, welche Konsequenzen wird das nach sich ziehen?**

Siehe Beantwortung der Frage 2.

- 4. Haben sich Bedienstete der beteiligten Behörden ausgewiesen? Welchen Behörden gehörten sie an? Wem gegenüber haben sie sich ausgewiesen?**

Inwieweit sich die beteiligten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten wem gegenüber in ausreichender Form auswiesen, ist Bestandteil der laufenden Ermittlungen. Die Vollzugsbeamten der LAB NI haben im Rahmen der Maßnahme ihre Dienstbekleidung getragen (visuelle Kenntlichmachung) und sich darüber hinaus mündlich als Bedienstete der Landesaufnahmebehörde vorgestellt. Im Übrigen siehe Vorbemerkungen der Landesregierung.

- 5. Hat sich die Landesregierung, die LAB NI oder die Polizei nach dem Vorgang bei den Bewohnerinnen und Bewohnern nach deren Befinden, nach möglichen Schäden (an Gesundheit oder Eigentum) oder Verlusten von Eigentum aus den durchsuchten Zimmern erkundigt, Wiedergutmachung in Aussicht gestellt oder sich entschuldigt?**

Am 15.04.2019 wurde durch die Leiterin der Polizeiinspektion Hannover-Süd telefonisch Kontakt mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen aufgenommen. In diesem Gespräch wurde eine umfassende Nachbereitung des Sachverhaltes abgestimmt. Die LAB NI hat dies mit dem Flüchtlingsrat in entsprechender Weise vereinbart.

- 6. Welches Ergebnis hat die in Aussicht gestellte Aufarbeitung des Verhaltens von Sicherheitsdienst, LAB NI und Polizei ergeben? Falls noch kein Ergebnis vorliegt: Wann ist damit zu rechnen, und wie wird dieses wem mitgeteilt werden?**

Die Ermittlungen und die damit verbundene rechtliche und dienstrechtliche Würdigung sind noch nicht abgeschlossen.

Insofern kann derzeit keine Prognose gestellt werden, wann ein abschließendes Ergebnis vorliegen wird. In Abhängigkeit von dem Ergebnis erfolgt die weitere Kommunikation mit beteiligten Personen und Behörden.